

Einführung KiBiz

- Geplant war:
- Übersichtlichkeit von Kosten im Landeshaushalt
- Keine „Bugwelle“ mehr bei der Betriebskostenabrechnung
- Verwaltungsvereinfachung

Einführung KiBiz

- Aufgabe des Kostendeckungsprinzips
- Stärkere betriebswirtschaftliche Ausrichtung
- Nachfrage steuert die Angebote (Kundenorientierung)
- Konkurrenzsituationen
- Marktwirtschaftliches Denken und Handeln

KiBiz

Gruppenstrukturen:

- Gruppe I: 2-6 Jahre:
= künftige Regelgruppe
- Gruppe II: 0-3 Jahre:
= kleine Altersmischung
- Gruppe III: 3-6 Jahre:
= derzeitige Regelgruppe (soll
auslaufen zugunsten des Typ I)

Bisherige Informationen:

- Pauschale ist Pauschale
- Spitzabrechnung nicht geplant
- Übergreifender Einsatz soll möglich sein
Träger hat volle
Gestaltungsmöglichkeit

Bisherige Informationen:

- Gruppenpauschale wird gezahlt
- Beispiel: Typ I:
- Unterschreitungen > 19 = Abzug pro Kind
- Überschreitung < 21 = Zuschlag pro Kind
- Höhe der Pauschale wird auch durch Buchungszeiten beeinflusst

Bisherige Informationen:

- Kommunen legen gestaffelte Elternbeiträge nach Öffnungszeiten fest
- Eltern können Öffnungszeiten buchen
- Demographische Entwicklung steuert Einrichtungskapazitäten unmittelbarer als bisher

Bisherige Informationen

- Personalstandart wird vorgegeben
- 2 Fachkräfte je Gruppe empfohlen
- Land will möglichst viel deregulieren
- Kommunen werden stärker steuern
- JHA werden mehr entscheiden
- Horte: = Auslaufmodelle s. OGGS
- Empfehlung: stärker in U3 arbeiten

Bisherige Informationen:

- Kindertagespflege und deren Finanzierung ist ges. verankert
- Private Träger sind möglich
- Förderung der integr. Arbeit ist ges. verankert
- Förderung der Familienzentren
- Verpflichtend: Zusammenarbeit mit Schule

Bisherige Informationen:

- Sprachstandserhebung ist verbindlich
- Sprachförderung / Finanzierung ist gesetzlich normiert (340,00 € / Jahr)
- Entlastung der Kommunen durch Beteiligung des Landes an den Kosten für die Absenkung der Trägeranteile der Kirchen

Zu klären:

Wie werden Kosten künftig nachgewiesen ?

- Übergang vom alten auf das neue System ?
- Umgang mit Rücklagen ?
- Vorgabe von Kernzeiten ?

Zu klären:

- Umsetzung des geplanten Personalstandarts ?
- Künftige Rolle der Landesjugendämter ?
- Umsetzung des Rechtsanspruches wenn U3 kommt ?
- Verteilung der Budgets in Kommunen?
- Haushaltsvorbehalt vs. U3-Ausbau !

Handlungsebenen im KK-Unna:

- Einrichtungen
- Kommunen
- Träger
- Verwaltung / KKA

Einrichtungen

- Bewusstseinsbildung für neue Situation
- Nachfrage steuert Angebote (starke Kundenorientierung)
- Vorgabe des Landes: U3-Betreuung forcieren
- Elternarbeit / flexible Angebote auch in Randzeiten
- Päd. Arbeit ist zukünftig auch Dienstleistung!
- Allg. Kostenverständnis (volle Einrichtungen = gesicherte Beschäftigung)
- Entstehung von Wettbewerbssituationen
- Profilierte Nachmittagsangebote

Kommunen:

- Bedarfsplanung mit den Trägern
- Jugendhilfeausschüsse steuern
- Legen die Elternbeiträge fest
- Also: Gespräche führen, Beiträge steuern den Bedarf und das Budget
- Freiwillige Zuschüsse neu verhandeln
- Besetzung der JHA: guter Informationsfluss notwendig
- Entscheidung über private Träger

Träger

- Müssen mit Einrichtungen steuern und in Absprache mit Kommune Öffnungszeiten vorgeben
(wenn dies möglich ist)
- Gespräche mit Kommunen / Startbudgets festlegen u. U 3 Betreuung klären
- Sorgen für einrichtungsübergreifenden Lastenausgleich der Pauschalen
- Müssen schnell reagieren, wenn Kosten aus dem Ruder laufen
- Umtaktung Taktung der Haushalte

KKA / Verwaltung

- Information und Begleitung
- Errechnung der Start-Budgets / U3 Betr.
- Gespräche mit Kommunen:
 - jährl. Verhandlung der Budgets
- Budgetplanung nach Buchungstichtagen
- schnelles Reagieren auf Veränderungen
- Zeitnahes Controlling / Risikomanagement
- Kosten und Ertragssteuerung / kein „Nachschlag“ mehr

Angelaufen:

- Erste Information der JHA-Mitglieder
- Erste Kontakte mit Jugendämtern:
- Ziel: Möglichst einheitliche Elternbeiträge
- Leitungen werden informiert
- Musterberechnungen
- Begleitung des Prozesses auf DW-Ebene durch KKA

Aufgaben:

- Bestandaufnahme der Ist-Kosten je Einrichtung
- Bewertung der derzeitigen Einrichtungsstruktur
- Neues Budget errechnen
- Folgen des Budgets bewerten
- Einrichtungs- und (Träger) übergreifenden Ausgleich schaffen oder: ggfs Kosten senken !!
- Gespräche mit Kommunen:
 - Bedarfe verhandeln
 - Strukturen der Arbeit festlegen
 - Elternbeiträge
 - Freiwillige Zuschüsse

Fazit:

In der Veränderung liegt auch eine
Chance !!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit